



### 3., überarbeitete Auflage

# Strafrecht

## Allgemeiner Teil

Bürge, Wirthner

**Strafrecht Allgemeiner Teil**

Lukas Bürge / Ladina Luisa Wirthner

# **Repetitorium Strafrecht Allgemeiner Teil**

Kurz gefasste Darstellung mit  
Schemata, Übungen und Lösungen

3., überarbeitete Auflage

**orell füssli**  
verlag

3., überarbeitete Auflage 2022  
Orell Füssli Verlag, [www.ofv.ch](http://www.ofv.ch)

Allfällige nachträglich bekannt gewordene Fehler werden in einer Korrigenda publiziert unter  
[www.ofv.ch/503770](http://www.ofv.ch/503770)

© 2022 Orell Füssli AG, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Übersetzung oder Vervielfältigung auf anderen Wegen sowie elektronische Speicherung und Wiedergabe bleiben vorbehalten, auch bei nur auszugsweiser Verwertung wie Entnahme von Abbildungen und Tabellen. Soweit Vervielfältigungen des Werks oder Teilen davon im Einzelfall und in den Grenzen der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes zulässig sind, sind diese grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

Umschlagabbildung: Andreas Zollinger  
Umschlagbild: Peter Derron, Zürich

ISBN 978-3-280-07461-9 Print  
ISBN 978-3-280-09447-1 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittel-spezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Das vorliegende Buch enthält eine Darstellung des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuchs. Es richtet sich an Studierende der Rechtswissenschaften, an Kandidierende für die Anwaltsprüfung sowie an praktizierende Juristinnen und Juristen sowie Anwältinnen und Anwälte. Ziel ist es, der Leserschaft in kurzer Zeit einen fundierten Überblick über den Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuchs zu verschaffen. Die zahlreichen Darstellungen, Grafiken und Prüfschemata dienen der Übersichtlichkeit und ermöglichen eine strukturierte Vorgehensweise. Dank seines straffen Aufbaus eignet sich das Repetitorium bestens zur Auffrischung einzelner Inhalte und zur seriösen Prüfungsvorbereitung. Nicht zuletzt erleichtern aber auch die Übungen die Vorbereitung auf Hausarbeiten oder Prüfungen. Die Lösungsvorschläge zu den Übungen sind kurz gefasst und es werden nur die fraglichen Punkte erörtert. Im Gegensatz dazu sind bei Falllösungen im Rahmen von Hausarbeiten oder Prüfungen in der Regel sämtliche Punkte abzuhandeln.

Umstrittene Fragen werden nur vereinzelt angeschnitten und nicht eingehend diskutiert. Das Buch vermag deshalb die vertiefte Auseinandersetzung mit der Lehre und Rechtsprechung nicht zu ersetzen. Teilweise wird indessen die relevante Judikatur zitiert, damit sich die Leserschaft mit den Formulierungen der bundesgerichtlichen Praxis vertraut machen kann.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Die 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage berücksichtigt sämtliche seit der Voraufgabe und bis am 1. Januar 2022 erfolgten Gesetzesänderungen.

Für Hinweise auf Fehler oder für Verbesserungsvorschläge ist das Autorenteam jederzeit dankbar. Diese sind zu richten an den Verlag: [jusmedien@orellfuessli.com](mailto:jusmedien@orellfuessli.com)

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und bei der allfälligen Umsetzung von der Theorie in die Praxis gutes Gelingen!

Lukas Bürge, Ladina Luisa Wirthner

Bern, im Februar 2022

# Inhaltsübersicht

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>16</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>20</b>
<b>1. Teil Einführung in den Allgemeinen Teil des StGB</b>	<b>21</b>
<b>2. Teil Deliktsarten</b>	<b>38</b>
<b>3. Teil Deliktsaufbau</b>	<b>46</b>
<b>4. Teil Irrtum</b>	<b>76</b>
<b>5. Teil Vorbereitung und Versuch</b>	<b>82</b>
<b>6. Teil Täterschaft und Teilnahme</b>	<b>90</b>
<b>7. Teil Strafrechtliche Vertreterhaftung</b>	<b>99</b>
<b>8. Teil Strafen</b>	<b>110</b>
<b>9. Teil Strafzumessung</b>	<b>123</b>
<b>10. Teil Massnahmen</b>	<b>147</b>
<b>11. Teil Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen</b>	<b>189</b>
<b>12. Teil Verjährung</b>	<b>203</b>
<b>Lösungen</b>	<b>208</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>225</b>

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>16</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>20</b>
<b>1. Teil Einführung in den Allgemeinen Teil des StGB</b>	<b>21</b>
A Übersicht	21
B Straftheorien	22
1 Absolute Straftheorie	22
2 Relative Straftheorien	22
2.1 Spezialprävention	22
2.2 Generalprävention	23
3 Vereinigungstheorie	23
C Geltungsbereich	23
1 Prinzipien des materiellen Strafrechts	23
1.1 Verbot strafverschärfenden Gewohnheitsrechts	24
1.2 Bestimmtheitsgebot	24
1.3 Analogieverbot	25
2 Zeitlicher Geltungsbereich	25
3 Räumlicher Geltungsbereich	26
3.1 Territorialitäts- und Ubiquitätsprinzip	26
3.2 Weitere Prinzipien	27
4 Persönlicher Geltungsbereich	28
4.1 Immunität	28
4.2 Militärstrafrecht	28
4.3 Jugendstrafrecht	28
D Deliktskategorien	28
1 Übersicht	28
2 Verbrechen und Vergehen	29
3 Übertretungen	30
E Antrags- und Offizialdelikte	31
1 Übersicht	31
2 Strafantrag	32
3 Antragsberechtigung	33
4 Ausübung des Antragsrechts	33
5 Verzicht auf einen Strafantrag	34
6 Rückzug des Strafantrags	35
7 Grundsatz der Unteilbarkeit	35
F Übungen zum 1. Teil	36

<b>2. Teil</b>	<b>Deliktsarten</b>	<b>38</b>
A	Tätigkeits- und Erfolgsdelikte	38
1	Tätigkeitsdelikte	38
2	Erfolgsdelikte	38
B	Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	38
1	Verletzungsdelikte	38
2	Gefährdungsdelikte	38
2.1	Konkrete Gefährdungsdelikte	38
2.2	Abstrakte Gefährdungsdelikte	39
C	Zustands- und Dauerdelikte	39
1	Zustandsdelikte	39
2	Dauerdelikte	39
D	Gemeine Delikte und Sonderdelikte	39
1	Gemeine Delikte	39
2	Sonderdelikte	39
2.1	Echte Sonderdelikte	39
2.2	Unechte Sonderdelikte	40
E	Handlungs- und Unterlassungsdelikte	40
1	Handlungsdelikte	40
2	Unterlassungsdelikte	40
2.1	Übersicht	40
2.2	Echte Unterlassungsdelikte	40
2.3	Unechte Unterlassungsdelikte	40
F	Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	41
1	Überblick	41
2	Vorsatzdelikte	41
2.1	Allgemeines	41
2.2	Direkter Vorsatz und Eventualvorsatz	42
2.3	Absicht	44
3	Fahrlässigkeitsdelikte	44
G	Übungen zum 2. Teil	45
<b>3. Teil</b>	<b>Deliktsaufbau</b>	<b>46</b>
A	Allgemeines und Überblick	46
B	Tatbestand	47
1	Objektiver Tatbestand	47
1.1	Täterqualifikation	47
1.2	Tatobjekt	47
1.3	Tathandlung	48
1.4	Taterfolg	48
1.5	Kausalität	48
1.6	Objektive Zurechnung	50
2	Subjektiver Tatbestand	51
2.1	Vorsatz	51
2.2	Zusätzliche subjektive Tatbestandsmerkmale	51
C	Rechtswidrigkeit	52
1	Systematik	52
2	Gesetzliche Rechtfertigungsgründe	52
2.1	Gesetzlich erlaubtes Handeln	52
2.2	Rechtfertigende Notwehr	53
2.3	Rechtfertigender Notstand	55



3	Übergesetzliche Rechtfertigungsgründe	57
3.1	Einwilligung des Verletzten	57
3.2	Mutmassliche Einwilligung	59
3.3	Wahrung berechtigter Interessen	60
3.4	Rechtfertigende Pflichtenkollision	61
D	Schuld	61
1	Allgemeines	61
2	Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit	62
2.1	Allgemeines	62
2.2	Schuldunfähigkeit	62
2.3	Verminderte Schuldfähigkeit	63
2.4	Vermeidbare Schuldunfähigkeit	64
3	Fehlende Verbotskenntnis	64
4	Unzumutbarkeit rechtmässigen Verhaltens	64
4.1	Entschuldbarer Notstand	64
4.2	Entschuldbarer Notwehrexzess («entschuldbare Notwehr»)	65
E	Deliktsaufbau bei Unterlassungsdelikten	66
1	Überblick	66
2	Einzelne Tatbestandselemente	67
2.1	Hypothetische Kausalität	67
2.2	Garantenstellung	68
2.3	Gleichwertigkeit von Tun und Unterlassen / Strafmilderung	69
2.4	Handlungsmöglichkeit	69
F	Deliktsaufbau bei Fahrlässigkeitsdelikten	69
1	Fahrlässige Handlungsdelikte	69
1.1	Überblick	69
1.2	Einzelne Tatbestandselemente	70
2	Fahrlässige Unterlassungsdelikte	72
G	Übungen zum 3. Teil	73
	<b>4. Teil Irrtum</b>	<b>76</b>
A	Übersicht	76
B	Sachverhaltsirrtum	77
1	Gesetzliche Bestimmung	77
2	Tatbestandsirrtum	77
2.1	Allgemeines	77
2.2	Sonderfälle	78
3	Irrige Annahme einer rechtfertigenden Sachlage	79
C	Verbotsirrtum	79
1	Allgemeines	79
2	Direkter Verbotsirrtum	80
3	Indirekter Verbotsirrtum	80
4	Rechtsfolgen	81
D	Übungen zum 4. Teil	81

<b>5. Teil</b>	<b>Vorbereitung und Versuch</b>	<b>82</b>
A	Allgemeines	82
B	Versuch	82
1	Strafbarkeit des Versuchs	82
1.1	Aufbau des Versuchs	82
1.2	Definition	83
1.3	Point of no return	84
1.4	Rechtsfolge	85
1.5	Versuch eines qualifizierten Delikts	85
2	Beendeter und unbeendeter Versuch	86
3	Untauglicher Versuch	86
C	Rücktritt und tätige Reue	87
1	Überblick	87
2	Rücktritt	88
3	Tätige Reue	88
D	Übungen zum 5. Teil	89
<b>6. Teil</b>	<b>Täterschaft und Teilnahme</b>	<b>90</b>
A	Allgemeines	90
B	Formen der Täterschaft	90
1	Alleintäterschaft	90
2	Mittäterschaft	91
2.1	Voraussetzungen	91
2.2	Rechtsfolgen	91
3	Mittelbare Täterschaft	92
3.1	Voraussetzungen	92
3.2	Rechtsfolgen	92
4	Nebentäterschaft	92
C	Formen der Teilnahme	92
1	Vorbemerkungen	92
2	Anstiftung	93
2.1	Voraussetzungen	93
2.2	Rechtsfolgen	93
2.3	Abgrenzung zur Mittäterschaft	94
3	Gehilfenschaft	94
3.1	Voraussetzungen	94
3.2	Rechtsfolgen	95
4	Teilnahme am Sonderdelikt	95
D	Persönliche Verhältnisse	95
E	Überblick über die einzelnen Beteiligungsformen	96
F	Übungen zum 6. Teil	97
<b>7. Teil</b>	<b>Strafrechtliche Vertreterhaftung</b>	<b>99</b>
A	Einführung	99
B	Strafbarkeit von Medien	99
1	Vorbemerkungen	99
2	Sonderregelung für Mediendelikte	99
2.1	Voraussetzungen	99
2.2	Kaskadenhaftung	100
2.3	Rechtfertigungsgrund	101
3	Der Quellenschutz	102

C	Organhaftung	103
1	Anwendungsbereich	103
2	Voraussetzungen der Organhaftung	103
2.1	Unternehmen	103
2.2	Besondere Pflicht	104
2.3	Verantwortliche Personen	104
D	Unternehmenshaftung	104
1	Vorbemerkung	104
2	Allgemeine Voraussetzungen	105
3	Subsidiäre Strafbarkeit	106
4	Konkurrierende Strafbarkeit	106
5	Sanktion	107
6	Konkurrenzen	107
7	Überblick über die Strafbarkeit des Unternehmens	108
E	Übungen zum 7. Teil	108
	<b>8. Teil Strafen</b>	<b>110</b>
A	Das Sanktionensystem im Überblick	110
B	Busse	110
1	Allgemeines	110
2	Ersatzfreiheitsstrafe	111
3	Gemeinnützige Arbeit	111
C	Geldstrafe	112
1	Allgemeines	112
2	Festlegung der Anzahl Tagessätze	112
3	Bemessung der Höhe des Tagessatzes	113
3.1	Einkommen	113
3.2	Vermögen	113
3.3	Lebensaufwand	114
3.4	Familien- und Unterstützungspflichten	114
3.5	Existenzminimum	114
4	Vollzug der Geldstrafe	114
4.1	Zuständigkeit	114
4.2	Ansetzen einer Zahlungsfrist	114
4.3	Sofortiger Vollzug	114
4.4	Ersatzfreiheitsstrafe	115
4.5	Gemeinnützige Arbeit	115
D	Freiheitsstrafe	115
E	Bedingte und teilbedingte Strafen	116
1	Übersicht	116
2	Bedingte Strafen	117
2.1	Voraussetzungen	117
2.2	Verbindungsbusse	119
2.3	Bewährung und Nichtbewährung	120
3	Teilbedingte Strafen	120
F	Übungen zum 8. Teil	121
	<b>9. Teil Strafzumessung</b>	<b>123</b>
A	Allgemeines	123
1	Sinn des Strafens	123
2	Überblick mit Prüfschema	123
3	Begründungspflicht	125

4	Einstellung des Verfahrens	125
4.1	Allgemeines	125
4.2	Einstellung bei häuslicher Gewalt	126
B	Strafrahmen	127
C	Tatkomponente	128
1	Objektive Tatschwere	128
1.1	Schwere der Verletzung oder Gefährdung des betroffenen Rechtsguts	128
1.2	Verwerflichkeit des Handelns	128
1.3	Fazit zum objektiven Tatverschulden	129
2	Subjektive Tatschwere	129
2.1	Willensrichtung und Beweggründe des Täters	129
2.2	Vermeidbarkeit der Straftat	129
2.3	Strafmilderungen	130
2.4	Fazit zum subjektiven Tatverschulden	133
D	Bestimmung der Strafart	133
E	Konkurrenzen	133
1	Allgemeines	133
2	Unechte Konkurrenz	134
3	Echte Konkurrenz	135
4	Strafschärfung (Asperation)	135
5	Zusatzstrafe	136
6	Teils vor dem 18. Lebensjahr begangene Taten	137
F	Täterkomponente	137
1	Allgemeines	137
2	Die einzelnen Täterkomponenten	138
2.1	Vorleben des Täters	138
2.2	Persönliche Verhältnisse	138
2.3	Verhalten nach der Tat und im Strafverfahren	139
2.4	Strafempfindlichkeit	139
2.5	Verletzung des Beschleunigungsgebots	140
3	Fazit zur Täterkomponente	140
G	Bestimmung der Vollzugsform	140
H	Strafbefreiung	141
1	Überblick	141
2	Die einzelnen Strafbefreiungsgründe	142
2.1	Fehlendes Strafbedürfnis	142
2.2	Wiedergutmachung	143
2.3	Betroffenheit des Täters durch seine Tat	144
2.4	Gemeinsame Bestimmungen	144
I	Anrechnung von Untersuchungshaft	145
J	Widerruf bedingt ausgesprochener Strafen	145
K	Prüfung von Massnahmen	145
L	Übungen zum 9. Teil	145
<b>10. Teil</b>	<b>Massnahmen</b>	<b>147</b>
A	Allgemeines	147
B	Sichernde Massnahmen	148
1	Grundsätze	148
1.1	Massnahmenvoraussetzungen	148
1.2	Verhältnismässigkeit	150
1.3	Begutachtung	150

2	Zusammentreffen von Massnahmen	151
3	Verhältnis der Massnahmen zu den Strafen	152
C	Stationäre therapeutische Massnahmen	152
1	Übersicht	152
2	Behandlung von psychischen Störungen	153
2.1	Anlasstat	153
2.2	Schwere psychische Störung	153
2.3	Kausalzusammenhang und Rückfallgefahr	153
2.4	Begutachtung	154
2.5	Spezialpräventive Notwendigkeit	154
2.6	Dauer und Vollzug	154
3	Suchtbehandlung	156
3.1	Anlasstat	156
3.2	Abhängigkeit	156
3.3	Kausalzusammenhang und Rückfallgefahr	156
3.4	Begutachtung	156
3.5	Spezialpräventive Notwendigkeit	156
3.6	Dauer und Vollzug	156
4	Massnahmen für junge Erwachsene	157
4.1	Anlasstat	157
4.2	Altersgrenze	157
4.3	Erhebliche Störung in der Persönlichkeitsentwicklung	157
4.4	Kausalzusammenhang und Rückfallgefahr	157
4.5	Begutachtung	157
4.6	Spezialpräventive Notwendigkeit	157
4.7	Dauer und Vollzug	158
5	Beendigung der Massnahme	158
5.1	Bedingte Entlassung aus der Massnahme	159
5.2	Aufhebung der Massnahme	159
D	Ambulante Massnahmen	160
1	Übersicht	160
2	Voraussetzungen	161
2.1	Anlasstat	161
2.2	Zustand des Täters	161
2.3	Kausalzusammenhang und Rückfallgefahr	161
2.4	Begutachtung	161
2.5	Spezialpräventive Notwendigkeit	161
2.6	Festlegung von Therapie und Therapeut	162
3	Dauer und Vollzug	162
3.1	Möglichkeit des Aufschiebs von Freiheitsstrafen	162
3.2	Vorangehende stationäre Behandlung	163
3.3	Dauer der ambulanten Massnahme	163
4	Aufhebung der Massnahme	164
4.1	Prüfung der Aufhebung	164
4.2	Voraussetzungen der Aufhebung	164
5	Vollzug der aufgeschobenen Freiheitsstrafe	165
5.1	Verzicht auf den Vollzug der Freiheitsstrafe	165
5.2	Nachträglicher Vollzug der Freiheitsstrafe	165
E	Verwahrung	166
1	Übersicht	166
2	Ordentliche Verwahrung	166

3	Lebenslängliche Verwahrung	168
4	Vollzug der Verwahrung	169
5	Aufhebung und Entlassung	169
6	Nachträgliche Verwahrung	170
F	Andere Massnahmen	171
1	Überblick	171
2	Friedensbürgschaft	172
3	Landesverweisung	173
3.1	Allgemeines	173
3.2	Anwendungsbereich	174
3.3	Tatbestandsvarianten	175
3.4	Wiederholungsfall	178
3.5	Vollzug	178
4	Tätigkeitsverbot, Kontakt- und Rayonverbot	179
4.1	Allgemeines	179
4.2	Tätigkeitsverbot	179
4.3	Kontakt- und Rayonverbot	181
4.4	Vollzug der Verbote	182
4.5	Änderung eines Verbots oder nachträgliche Anordnung eines Verbots	182
5	Fahrverbot	182
6	Veröffentlichung des Urteils	183
7	Einziehung	183
7.1	Allgemeines	183
7.2	Sicherungseinziehung	183
7.3	Einziehung von Vermögenswerten	184
7.4	Ersatzforderungen	185
7.5	Einziehung von Vermögenswerten einer kriminellen Organisation	186
8	Verwendung zugunsten des Geschädigten	186
G	Übungen zum 10. Teil	186
<b>11. Teil</b>	<b>Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen</b>	<b>189</b>
A	Übersicht	189
B	Allgemeine Vollzugsgrundsätze	189
C	Vollzug von Freiheitsstrafen	190
1	Vollzugsziele	190
2	Besondere Sicherheitsmassnahmen	191
3	Vollzugsort	191
4	Vollzugsformen	192
4.1	Normalvollzug	192
4.2	Arbeits- und Wohnexternat	192
4.3	Halbgefangenschaft	192
4.4	Einzelhaft	192
4.5	Gemeinnützige Arbeit	193
4.6	Elektronische Überwachung	193
4.7	Abweichende Vollzugsformen	194
5	Vollzugsbedingungen	194
5.1	Materielle Haftbedingungen	194
5.2	Arbeit und Bildung	194
5.3	Arbeitsentgelt	194
5.4	Beziehung zur Aussenwelt	195
5.5	Kontrollen und Untersuchungen	195

6	Bedingte Entlassung	195
D	Vollzug von stationären Massnahmen	197
E	Gemeinsame Bestimmungen	197
1	Disziplinarbestimmungen	197
2	Unterbrechung des Vollzugs	198
3	Informationsrecht	198
4	Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug	198
F	Bewährungshilfe, Weisungen und soziale Betreuung	198
1	Übersicht	198
2	Bewährungshilfe und Weisungen	198
2.1	Bewährungshilfe	198
2.2	Weisungen	199
2.3	Gemeinsame Bestimmungen	200
3	Freiwillige soziale Betreuung	201
G	Übungen zum 11. Teil	201
<b>12. Teil</b>	<b>Verjährung</b>	<b>203</b>
A	Übersicht	203
B	Verjährungsfristen und ihre Rechtsfolgen	203
1	Verfolgungsverjährung	203
1.1	Vorbemerkung	203
1.2	Fristen	204
2	Vollstreckungsverjährung	205
3	Verjährung von Übertretungen	206
C	Besondere Fragen	206
1	Übergangsrecht	206
2	Besondere Verjährungsfristen	206
3	Unverjährbarkeit einzelner Delikte	207
D	Übung zum 12. Teil	207
<b>Lösungen</b>	<b>208</b>	
	Lösungen zum 1. Teil	208
	Lösungen zum 2. Teil	210
	Lösungen zum 3. Teil	210
	Lösungen zum 4. Teil	213
	Lösungen zum 5. Teil	215
	Lösungen zum 6. Teil	215
	Lösungen zum 7. Teil	216
	Lösungen zum 8. Teil	217
	Lösungen zum 9. Teil	219
	Lösungen zum 10. Teil	221
	Lösungen zum 11. Teil	223
	Lösung zum 12. Teil	224
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>225</b>	

## Abkürzungsverzeichnis

---

a[Gesetz]	nicht mehr in Kraft stehendes Gesetz (alt)
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AIG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz) vom 16. Dezember 2005 (SR <a href="#">142.20</a> )
AKW	Atomkraftwerk
a.M.	anderer Meinung
Art.	Artikel
AsylG	Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (SR <a href="#">142.31</a> )
AT	Allgemeiner Teil (des StGB)
Aufl.	Auflage
BAK	Blutalkoholkonzentration
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd.	Band
BetmG	Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) vom 3. Oktober 1951 (SR 821.121)
betr.	betreffend
BGE	in der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	(nicht in der amtlichen Ausgabe publizierter) Bundesgerichtsentscheid
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR <a href="#">173.110</a> )
BSK	Basler Kommentar
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil (des StGB)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR <a href="#">101</a> )
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)
d.h.	das heisst
E.	Erwägung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte



EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR <a href="#">0.101</a> )
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
evtl.	eventuell
f./ff.	und (fort)folgende/r (Seite[n], Randnummer[n] etc.)
FK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (SR <a href="#">0.142.30</a> )
FZA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen) vom 21. Juni 1999 (SR <a href="#">0.142.112.681</a> )
g	Gramm
gem.	gemäss
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPS	Global Positioning System (Globales Positionsbestimmungssystem)
GwG	Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismus- finanzierung (Geldwäschereigesetz) vom 10. Oktober 1997 (SR <a href="#">955.0</a> )
HFG	Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) vom 30. September 2011 (SR <a href="#">810.30</a> )
HK	Handkommentar
h.L.	herrschende Lehre
Hrsg.	Herausgeber
i.c.	in casu (im vorliegenden Fall)
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
insb.	insbesondere
i.S.(v.)	im Sinne (von)
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
Jh.	Jahrhundert
JStG	Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz) vom 20. Juni 2003 (SR <a href="#">311.1</a> )
kg	Kilogramm
km/h	Kilometer pro Stunde
KRK	Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention) vom 20. November 1989 (SR <a href="#">0.107</a> )
LFG	Bundesgesetz über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz) vom 21. Dezember 1948 (SR <a href="#">748.0</a> )
l	Liter

lit.	litera
LKW	Lastkraftwagen
m	Meter
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
m.a.W.	mit anderen Worten
max.	maximal
mg	Milligramm
mind.	mindestens
Mio.	Million
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (SR <a href="#">321.0</a> )
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
N	Note
Nr.	Nummer
N-SIS-Verordnung	Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro vom 8. März 2013 (SR <a href="#">362.0</a> )
o.Ä.	oder Ähnliches
OGer	Obergericht
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz) vom 23. März 2007 (SR <a href="#">312.5</a> )
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR <a href="#">220</a> )
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (SR <a href="#">171.10</a> )
PK	Praxiskommentar
resp.	respektive
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR <a href="#">281.1</a> )
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SIS	Schengener Informationssystem
SIS-II-Verordnung	Verordnung Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SSG	Bundesgesetz über die Seeschifffahrt unter der Schweizer Flagge (Seeschifffahrtsgesetz) vom 23. September 1953 (SR <a href="#">747.30</a> )

StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR <a href="#">311.0</a> )
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007 (SR <a href="#">312.0</a> )
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR <a href="#">741.01</a> )
THC	Tetrahydrocannabinol
u.a.	unter anderem
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
u.U.	unter Umständen
v.a.	vor allem
v.A.w.	von Amts wegen
vgl.	vergleiche
VStrR	Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974 (SR <a href="#">313.0</a> )
z.B.	zum Beispiel
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR <a href="#">210</a> )
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
z.T.	zum Teil

Das vorliegende Repetitorium stützt sich auf die nachfolgend aufgeführten Werke. Der leichten Lesbarkeit halber und zum besseren Verständnis wird im Text nur teilweise – insb. bei strittigen Fragen oder weiterführenden Erläuterungen – explizit auf eine Stelle in einem der nachstehenden Werke hingewiesen. Sofern nicht anders angegeben, werden die aufgeführten Werke sodann mit dem Namen der Autoren, der Seitenzahl, dem Paragraphen und/oder der Randnote zitiert.

BAECHTOLD ANDREA/WEBER JONAS/HOSTETTLER UELI, Strafvollzug, Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, 3. Aufl., Bern 2016.

DONATSCH ANDREAS et al. (Hrsg.), StGB/JStG Kommentar, 20. Aufl., Zürich 2018.

FLACHSMANN STEFAN/ECKERT ANDREAS/ISENRING BERNHARD/MAURER HANS/WEHRENBURG STEFAN, Tafeln zum Strafrecht I & II, Allgemeiner Teil, 6. Aufl., Zürich 2018.

MATHYS HANS, Leitfaden Strafzumessung, 2. Aufl., Basel 2019.

NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht (StGB/JStGB), 2 Bd., 4. Aufl., Basel 2018. (zit.: BSK StGB-Bearbeiter, Art. ... N ...)

RIKLIN FRANZ/NIGGLI MARCEL ALEXANDER, Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil 1, Verbrechenslehre, 4. Aufl., Zürich 2013.

SEELMANN KURT/GETH CHRISTOPHER, Strafrecht, Allgemeiner Teil, 6. Aufl., Basel 2016. (zit.: SEELMANN/GETH)

STRATENWERTH GÜNTER, Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil I: Die Straftat, 4. Aufl., Bern 2011. (zit.: STRATENWERTH, AT I)

STRATENWERTH GÜNTER/BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil II: Strafen und Massnahmen, 3. Aufl., Bern 2020.

TRECHSEL STEFAN/PIETH MARK, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 3. Aufl., Zürich 2018. (zit.: TRECHSEL/Bearbeiter-PK, Art. ... N ...)

WOHLERS WOLFGANG/GODENZI GUNHILD/SCHLEGEL STEPHAN, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Handkommentar, 4. Aufl., Bern 2020. (zit.: WOHLERS/Bearbeiter-HK, Art. ... N ...)

# 1. Teil Einführung in den Allgemeinen Teil des StGB

---

## A Übersicht

Das StGB enthält im sog. Ersten Buch (Allgemeine Bestimmungen) einen Ersten Teil mit dem Titel «Verbrechen und Vergehen» und befasst sich dabei mit folgenden Themen (Art. 1–102 StGB):

- Geltungsbereich;
- Strafbarkeit;
- Strafen und Massnahmen;
- Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen;
- Bewährungshilfe, Weisungen und freiwillige soziale Betreuung;
- Verjährung;
- Verantwortlichkeit des Unternehmens.

Im Zweiten Teil werden die Übertretungen geregelt (Art. 103–109 StGB) und im Dritten Teil einige Begriffsklärungen vorgenommen (Art. 110 StGB).

Das StGB hat zwei weitere sog. Bücher:

- Zweites Buch: Besondere Bestimmungen (hier werden die eigentlichen Straftatbestände aufgeführt);
- Drittes Buch: Einführung und Anwendung des Gesetzes (enthält u.a. Regeln über Gerichtsbarkeit, örtliche Zuständigkeit, Amtshilfe, Strafregister, Begnadigung und Amnestie auf Bundesebene sowie Präventionsmassnahmen).

Das vorliegende Repetitorium folgt grundsätzlich der Systematik und Gewichtung des StGB AT. Es weicht nur ausnahmsweise davon ab, wenn thematische Schwerpunkte durch die Lehre und Rechtsprechung anders gesetzt werden.

Der Allgemeine Teil des StGB wurde per 1. Januar 2007 umfassend revidiert. Kernpunkte dieser Revision waren:

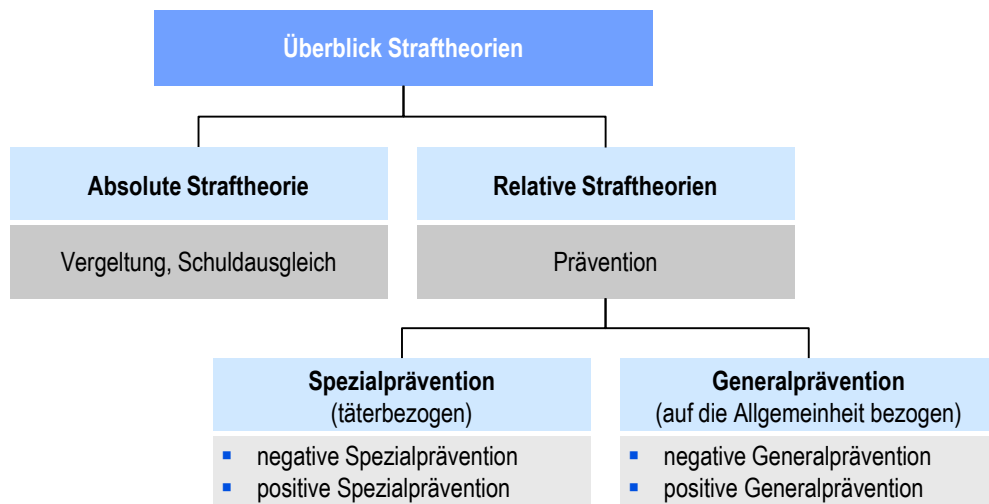
- Ausgliederung des Jugendstrafrechts in ein separates Gesetzbuch (JStG);
- Einführung der Geldstrafe im Tagessatzsystem;
- Verdrängung der kurzen Freiheitsstrafen durch Geldstrafe und gemeinnützige Arbeit;
- Einführung des teilbedingten Strafvollzugs und Erhöhung der Höchstgrenze für den bedingten Strafvollzug;
- Busse mit Höchstbetrag von CHF 10'000.– als einzige Strafe bei Übertretungen;
- Ausbau des Opportunitätsprinzips;
- stärkere Gewichtung der Wiedergutmachung;
- Erneuerung des Massnahmenrechts.

Per 1. Januar 2018 erfolgte eine Teilrevision des StGB AT. Diese betraf das Sanktionenrecht und brachte insb. folgende Neuerungen:

- Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen mit der Möglichkeit des bedingten Vollzugs;
- Maximaldauer der Geldstrafe von 180 Tagessätzen;
- Mindesttagessatzhöhe von CHF 30.– bei Geldstrafen (ausnahmsweise CHF 10.–);
- Verankerung der Vollzugsform des *Electronic Monitoring*;
- gemeinnützige Arbeit als Vollzugsform (und nicht mehr als eigenständige Strafe).

## B Strafrechtstheorien

Ihrem Wesen nach stellt die Strafe einen staatlichen Eingriff in die Rechtsgüter einer Person dar, welche schuldhaft eine Straftat begangen hat. Ausgangspunkt jeder Strafe ist eine schuldhaft Verletzung der strafrechtlichen Ordnung (sog. Schuldprinzip). Die Berechtigung staatlichen Strafens bedarf darüber hinaus jedoch einer sorgfältigen Begründung, sowohl gegenüber der Allgemeinheit als auch gegenüber der bestraften Person. Die Legitimation des Strafens wird seit dem 18. Jh. umfassend diskutiert, wobei sich insb. zwei Gruppen von Strafrechtstheorien entwickelt haben, die sich mit dem Sinn und Zweck der Strafe sowie deren Rechtfertigung befassen. Zu unterscheiden ist zwischen den absoluten und den relativen Strafrechtstheorien.



### 1 Absolute Strafrechtstheorie

Die absolute Theorie beruht auf dem Gedanken der Vergeltung: Durch die Strafe soll der Täter die Schuld ausgleichen, die er durch eine Widerhandlung gegen die Rechtsordnung auf sich geladen hat. Das Übel, welches er mit der Begehung der Straftat gesetzt hat, wird mit einem Strafübel vergolten. Das verletzte Recht wird wiederhergestellt. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Strafe werden dabei weitgehend ausgeblendet – «Auge um Auge, Zahn um Zahn».

Eine Strafrechtstheorie in dieser absoluten Form wird heute von der Lehre und Rechtsprechung abgelehnt. Zwar lässt sich kaum leugnen, dass namentlich bei schweren Rechtsbrüchen ein gewisser Schuldausgleich notwendig ist, um das Vergeltungsbedürfnis der Öffentlichkeit zu befriedigen und Selbstjustiz zu verhindern. Hingegen liegt die Aufgabe des Strafrechts nicht primär im Ausgleich von Schuld. Im Vordergrund stehen vielmehr der Schutz der sozialen Ordnung und damit der Schutz der Gesellschaft vor weiteren Straftaten. Die Schuld stellt demnach zwar ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Element der Strafbegründung dar.

### 2 Relative Strafrechtstheorien

Die relativen Strafrechtstheorien sind präventiv orientiert und stellen den gesellschaftlichen Nutzen der Strafe in den Vordergrund. Sie lassen sich unterteilen in solche, die auf den Strafzweck der Spezialprävention abstellen, und solche, die sich auf generalpräventive Überlegungen abstützen.

#### 2.1 Spezialprävention

Die Spezialprävention sieht den Zweck der Strafe in der täterbezogenen Prävention. Durch die Einwirkung auf den Täter soll verhindert werden, dass dieser weitere Straftaten begeht. Dies soll zum einen durch die abschreckende Wirkung der Strafe erreicht werden (sog. *negative Spezialprävention*). Zum anderen soll der Täter – insb. im Bereich der freiheitsentziehenden Strafen und Massnahmen – resozialisiert, mithin auf ein straffreies Leben in der Gesellschaft vorbereitet werden (sog. *positive Spezialprävention*). Die Internierung i.S. eines längerfristigen

Freiheitsentzugs soll zudem die Gesellschaft vor dem Täter bewahren (sog. *Unschädlichmachen, Incapacitation*).

## 2.2 Generalprävention

Auch die Generalprävention schreibt der Strafe einen präventiven, zukunftsorientierten Zweck zu, allerdings auf die Allgemeinheit bezogen. Mit der *negativen Generalprävention* sollen potenzielle Rechtsbrecher durch die Androhung und den Vollzug von Strafen vor der Begehung einer Tat abgeschreckt werden. Bei der *positiven Generalprävention* hingegen geht es um die Bekräftigung des Geltungsanspruchs der strafrechtlichen Normen und damit um die Stärkung des Vertrauens der Gesellschaft in die Rechtsordnung.

## 3 Vereinigungstheorie

Die Frage nach dem Sinn und Zweck von Strafen wird heute vielfach nicht mehr anhand einer einzigen Theorie, sondern auf der Basis der sog. Vereinigungstheorie beantwortet. Das Bundesgericht umschreibt diese wie folgt:

### Rechtsprechung

#### BGE 129 IV 161 E. 4.2

«Sie [die Strafzwecke] bilden vielmehr ein komplexes Verhältnis wechselseitiger Ergänzung, wobei je nach Sachzusammenhang das eine oder das andere Kriterium stärker hervortritt [...]. Die Strafzwecke sind gegeneinander abzuwägen und in eine Rangfolge zu bringen, wobei dem Anliegen der Spezialprävention grundsätzlich ein Vorrang zukommt. Zum einen dient das Strafrecht in erster Linie nicht der ›Vergeltung‹, sondern der Verbrechensverhütung [...]. Zum andern ist zu berücksichtigen, dass im Konfliktfall ein ›Vorrang‹ der Generalprävention spezialpräventive Ziele zu vereiteln droht, die Bevorzugung der Spezialprävention hingegen die generalpräventiven Wirkungen einer Sanktion nicht zum Vornherein ausschliesst, sondern höchstens in einer schwer messbaren Weise abschwächt [...]. Andererseits können spezialpräventive Bedürfnisse nur in dem Masse im Vordergrund stehen, als sie generalpräventive Mindestanforderungen wahren und das Prinzip der Gleichbehandlung nicht aushöhlen.»

## C Geltungsbereich

Im Ersten Teil der Allgemeinen Bestimmungen des StGB werden unter dem Titel «Geltungsbereich» folgende Fragen behandelt:

- Auf welcher Grundlage darf eine Strafe verhängt werden (Prinzipien des materiellen Strafrechts)?
- Für welchen Zeitraum darf bestraft werden (zeitlicher Geltungsbereich)?
- Für welches geografische Gebiet darf bestraft werden (räumlicher Geltungsbereich)?
- Wer darf bestraft werden (persönlicher Geltungsbereich)?

## 1 Prinzipien des materiellen Strafrechts

Einen Menschen wegen seiner Taten strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, stellt einen äusserst tiefgreifenden Eingriff in dessen Grundrechte dar. Dies ist umso bedenklicher, als die «Abfertigungsdichte» der Strafverfolgungsbehörden heute insb. in Strafbefehlsverfahren teilweise industrielle Ausmasse annimmt. Solche Grundrechtseingriffe werden mit der Gefährdung oder Verletzung strafrechtlich geschützter Rechtsgüter anderer Menschen oder von Allgemeininteressen gerechtfertigt. Die qualitativen Anforderungen an solche Eingriffe sind sehr hoch anzusetzen, sowohl im materiellen Strafrecht wie auch im Strafprozessrecht.

Die strafrechtlichen Prinzipien dienen dazu, die grundrechtliche Ausgangslage in Erinnerung zu rufen, damit Strafverfolgung und Strafjustiz nicht zum Selbstzweck werden. Ausgangspunkt ist das Prinzip der sog. Freiheitlichkeit, wonach grundsätzlich alle Handlungen erlaubt sind. Der Gesetzgeber kann aber Einschränkungen vorsehen, indem er Handlungen für widerrechtlich erklärt und ggf. auch pönalisiert. Dabei handelt es sich immer um dem Zeitgeist unterworfenen Wertungen. Die strafrechtlichen Prinzipien zeigen aber auch auf, unter welchen Bedingungen Eingriffe in die